

Evangelische Verantwortung

„Die Frage nach dem C“

Wolfgang Böhmer

Wenn wir von Programmatik sprechen, dann geht es nicht nur um Einzelfragen, um die Umsteuerung von Programmen, um Initiativen in vielen verschiedenen Politikfeldern und um Tagesaktualität. Es geht auch um grundsätzlichere Fragen, um ein Verständnis von dem, was Politik tun kann und tun soll in ihrem je eigenen gesellschaftlichen Umfeld. Keine demokratische Politik wird sich auf Dauer rechtfertigen lassen, ohne darüber Auskunft zu geben, welches die Grundlagen und Perspektiven ihres Handelns sind. Also: Worauf gründen wir letztlich mit unseren Programmen? Was sind die Grundlagen und Perspektiven unserer Politik?

1. Programmatische Grundlagen

CDU und CSU haben sich selber angesichts solcher Fragen einen hohen Anspruch auferlegt, sie haben die Messlatte sehr hoch gelegt, indem sie das „C“ in ihre Parteinamen aufgenommen haben.

Die Frage ist: Wie halten wir es in Zukunft damit? Sind wir auch als „christliche“ Parteien gut aufgestellt? Oder soll ich vorsichtiger fragen: Als Christen innerhalb der CDU/CSU?

Es ist gut, sich jenseits des Alltagsbetriebes solchen Fragen immer wieder zu widmen. Der Evangelische Arbeitskreis



„Das „C“ in unseren Parteinamen erhalten wir letztlich am wirkungsvollsten dadurch lebendig, dass wir sind, was wir scheinen, und leben, was wir sagen.“

tut dies seit vielen Jahren, jenseits aller Konjunkturzyklen des Zeitgeistes und er hat entscheidenden Anteil daran, dass – wie ich meine – das „C“ bis heute an der rechten Stelle geblieben ist.

Ich freue mich, dass wir uns im Rahmen des EAK-Festjahres unserer christlichen Grundlagen vergegenwärtigen und uns für die praktische Umsetzung, auf die wir hoffen, rüsten.

2. Die Union und das „C“

Seit Gründung der Union hat das „C“ im Parteinamen eine herausragende Rolle gespielt – übrigens in beiden Teilen des geteilten Deutschlands. Bis 1989 gab es in der DDR-CDU neben manchen Mitläufern auch viele engagierte Christen, die sich bewusst deshalb für die CDU entschieden hatten, um sich dem Anspruch der SED zu entziehen. Ob und wie das gelungen ist, muss ein jeder mit sich selber abmachen, ich halte da nicht viel von Verallgemeinerungen.

Nach dem Krieg fanden sich in der Union bekanntlich Frauen und Männer mit einem sehr unterschiedlichen Hintergrund zusammen: Konservative, Sozialpolitiker und eben auch Christen aus beiden großen Konfessionen.

Aus christlicher Sicht war bei der Gründung der Union die **Überwindung der konfessionellen Schranken** wichtig. Ziel war eine Partei, die katholische und evangelische Christen als ihre politische Heimat ansehen konnten. Dieses Ziel wurde auch erreicht. Gerade die überkonfessionell-christliche Prägung der

Themen:

Editorial	3
Ökumenischer Rat der Kirchen am Scheideweg	8
Rolle der Religionen in den aktuellen Konflikten	10
Aus unserer Arbeit	15

Unionsparteien war eine ihrer Erfolgsgrundlagen. Inzwischen hat man allerdings den Eindruck, als hätten sie sich in dieser Hinsicht vielleicht ein wenig „zu Tode gesiegt“.

Wir müssen beachten:

- Nach dem Krieg war christliche Prägung in vieler Hinsicht noch eine Selbstverständlichkeit. Das „C“ an sich war unumstritten – umstritten waren konfessionelle Fragen, die dann glücklicherweise innerhalb der Union in den Hintergrund traten.
- Andererseits war die bewusste Aufnahme des „C“ doch auch Ausdruck für den Wunsch nach einem moralisch-sittlichen Neubeginn nach der Hitlerzeit und für die Mitwirkung der Christen daran. (Wobei sich Christen natürlich auch in anderen Parteien engagierten und engagieren.)

Von dieser Gründungssituation sind wir heute weit entfernt:

- Konfessionelle Gegensätze bewegen unser Land nicht mehr. Heute ist kaum noch nachvollziehbar, wie sehr man sich in der Politik einmal entlang konfessioneller Grenzen streiten konnte; und dies ist gewiss nicht die schlechteste Entwicklung.
- Es besteht heute auch keine vergleichbar direkte Notwendigkeit, uns von den Verfehlungen des Nationalsozialismus weltanschaulich abzusetzen.

Stattdessen beobachten wir eine sehr viel grundlegendere Veränderung. Heutzutage ist das „C“ in unserer Gesellschaft keine Selbstverständlichkeit mehr. Wir erleben eine sich immer mehr verstärkende **Säkularisierung und Entkirchlichung. Sie hat auch vor unseren eigenen Parteien nicht halt gemacht. Auch innerhalb der Union haben sich die Gewichte verschoben.** Besonders deutlich wurde diese Veränderung innerhalb der Union in den Jahren 1982/83, also in der Situation, in der die Union zuletzt den Machtwechsel erreichen konnte. Das Wort von der **„geistig-moralischen Wende“**, ausgesprochen von Helmut Kohl, ist vielen noch im Ohr. Die Meinungen darüber, auch innerhalb der Union, gingen von Anfang an weit auseinander:

- Während die eine Seite diese „Wende“ sehr weitgehend einforderte und sich bald zunehmend enttäuscht zeigte, etwa in der Abtreibungsdebatte,
- ging vielen anderen bereits der formulierte Anspruch zu weit. Politik sollte nach ihrer Auffassung frei gehalten werden von all zu engen moralischen Kategorien.

Die Frage nach dem „C“ wurde seiner Zeit besonders heftig diskutiert. Manche, aus beiden Lagern, brachten sogar eine Streichung des „C“ aus den Parteinamen ins Gespräch. Glücklicherweise sind wir von derartigen Polarisierungen heute wieder ein gutes Stück entfernt. Ich sage glücklicherweise, auch wenn ich glaube, dass gerade eine christlich orientierte Partei es aushalten muss, sich immer wieder sehr kritisch mit sich selbst auseinander zu setzen. In diesem Sinne liegt mir jede Ausgrenzung von Kritikern fern.

Viel wichtiger ist mir allerdings Folgendes:

Dass wir als Christen nicht in einer theoretischen Debatte stecken bleiben. Wir wollen eine werteorientierte, eine vom „C“ bestimmte Politik. Wir wollen sie aber beziehen auf die Herausforderungen, in denen wir heute stehen, nicht auf eine verklärte Erinnerung an frühere Zeiten, in denen vermeintlich alles besser war.

Wenn ich zur „Frage nach dem C“ spreche, dann heißt das also für mich: Wo leiten wir das her? Und: **Wie setzen wir das „C“ heute praktisch um?** Nicht: Sollen wir es im Namen behalten – ja oder nein? Damit ist deutlich: Für mich ist das „C“ alles andere als Ornamentik. Aber ich überfrachte das „C“ auch nicht mit Erwartungen, von denen ich glaube, dass sie heute nicht zielführend sein können, zumindest nicht in der politischen Verantwortung. Was das im Einzelnen bedeutet, wo insbesondere für den Christen Grenzen erreicht sind, darauf werde ich natürlich an der einen oder anderen Stelle noch genauer zu sprechen kommen.

3. Herausforderungen in einer „nachchristlichen“ Gesellschaft

Ich habe von den unionsinternen Debatten zu Anfang der 80er Jahre ge-

sprochen. Seither, in den letzten 20 Jahren, sind die Unionsparteien die meiste Zeit in der Regierungsverantwortung gewesen. Dabei mussten Entscheidungen getroffen oder mitgetragen, Kompromisse mussten ausgehalten werden, die uns gewiss nicht immer leicht gefallen sind, gerade als Christen.

Und die gesellschaftliche Entwicklung ist ja auch nicht stehen geblieben, sondern in die skizzierte Richtung weitergegangen.

- Die Mitgliederzahlen der großen Kirchen gehen kontinuierlich zurück. Bereits etwa ein Drittel der Menschen in Deutschland gehören heute keiner Kirche mehr an.
- Bei den aktiven Kirchenmitgliedern spricht man gerade noch von etwa 3 bis 5%.
- Parallel wächst die islamische Glaubensgemeinschaft in Deutschland an.
- Das Wort der Kirchen in unserer Gesellschaft verliert an Bedeutung – manchmal auch, weil die Kirchen selbst so ängstlich darauf achten, sich ja nicht in Gegensatz zur dominierenden Meinung zu bringen.

Viele Beobachter sprechen heute von der deutschen Gesellschaft als einer **„nachchristlichen“ oder zumindest „nachkirchlichen“ Gesellschaft.** Ich muss das hier nicht bewerten, aber die Zahlen und Fakten sprechen doch eine deutliche Sprache.

Vielleicht steht mir das auch persönlich so deutlich vor Augen, weil ich die in diesem Zusammenhang noch erheblich verschärfte Situation in den neuen Ländern sehe. Ich komme zwar aus Wittenberg, aber doch zugleich aus einer Region, in der eine Bevölkerung herangewachsen ist, die von christlicher Prägung noch einmal ungleich stärker entfremdet wurde, als die westdeutsche. Die Jahre seit 1989 haben daran nichts geändert: In den neuen Ländern gehören heute bei optimistischer Schätzung etwa 25% der Bevölkerung überhaupt noch einer evangelischen oder katholischen Kirche an. Es dominieren die **„postsozialistischen Atheisten“.** Und es sieht ganz so aus, als marschiere der Osten hier einmal an der Spitze der gesamtdeutschen Entwicklung. *Fortsetzung auf Seite 4*

Liebe Leserin, lieber Leser,

trotz großer Anstrengungen haben wir die Bundesregierung nicht ablösen können. Wir haben bei der **Bundestagswahl** prozentual deutlich zugelegt, doch wir haben unsere Ziele nicht erreicht. Dies ist bedauerlich. Ich möchte mich an dieser Stelle bei all denen bedanken, die in den letzten Wochen mit großem Einsatz sich dafür eingesetzt haben, dass es zu einem Regierungswechsel in Deutschland kommt. Ihnen allen, die Sie in Veranstaltungen oder am Stand mit anderen diskutiert haben, in der Hoffnung, dass sie sich überzeugen lassen, ein herzliches Dankeschön. Der Evangelische Arbeitskreis hat auf allen Ebenen versucht, das protestantische Wählerspektrum anzusprechen. Es ist uns gelungen, dass sehr viel mehr evangelische Mitchristen in diesem Jahr die Union gewählt haben als noch vor vier Jahren.

Durch Ihren Einsatz ist es uns gelungen eine **starke Opposition im Bundestag** zu bilden. Eine Opposition, die das Fehlgehen der Regierung deutlich benennen wird. Hierzu wird es in den folgenden Monaten hinreichende Möglichkeiten geben. Wenn man so knapp verliert, muss man natürlich das Geschehene analysieren. Woran lag es?

Ich meine, dass vor allem **zwei Themen die Wahl entschieden haben. Die Flut und der Irak.** Die Geschichte lehrt, dass sich in Notzeiten – und die Flut war eine Katastrophe größten Ausmaßes für die Menschen in unserem Land – die Hoffnungen auf die Regierenden richten. Dies kann man beklagen, aber es ändert nichts an dieser Tatsache. Die Opposition hat bei solchen Ereignissen schlechte Karten, denn zu Recht wird von den Menschen gefordert, dass in Krisenzeiten kein Wahlkampf betrieben wird. Das Beseitigen der Not, ja der Mensch als solcher, steht im Mittelpunkt. Aus diesem Grund hat der EAK ja auch schnell für die **Flutopfer in Pirna** gesammelt. Bis heute konnten mehrere hundert Euro gesammelt werden.

Das Thema „Flut“ lenkte wochenlang von den anderen großen Katastrophen

ab: von der **Situation auf dem Arbeitsmarkt**, von den steigenden **Firmenpleiten**, von der **Familienpolitik** und von der **desolaten Bildungspolitik**. Dabei sind diese Katastrophen strukturell und für die Zukunft unseres Landes gesehen noch verheerender als das, was die Elbe zerstört hat. Es scheint mir, dass wir diese Katastrophen gleichsam der Flut kommen sehen, aber anstatt Vorkehrungen zu treffen, setzen wir uns gemütlich in unseren Debattiersessel und warten bis die ersten hohen Flutwellen uns erreichen. Dies aber ist fahrlässig und deshalb müssen wir jetzt an den Themen weiterarbeiten, die wir im Wahlkampf angesprochen haben.

Es wird sich zeigen, dass die **Wirtschaftspolitik** der Regierung ihr Tal noch gar nicht erreicht hat. Wir rechnen mit weit mehr als vier Millionen Arbeitslosen im Winter und mit einer Anzahl von Firmenpleiten, die die 40.000 weit übersteigen wird. Die Regierung werden wir mit dieser Entwicklung von Anfang an scharf konfrontieren müssen. Dies gilt vor allem für den zweiten Punkt, nämlich die **Irakfrage**. Der Bundeskanzler hat kurz vor der Wahl mit einer absoluten Nein – Haltung zu einem militärischen Vorgehen gegen den Irak beträchtliche Wirkungen erzielt.

Diese haben sich deutlich auf das Wahlergebnis niedergeschlagen. Der Kanzler hat mit seinen Äußerungen zum Irak die Angst der Menschen vor einem Krieg geschürt und die Union quasi als eine Partei dargestellt, die leichtfertig als Vasall der Amerikaner sich in kriegerische Abenteuer stürzen würde. **Schröder hat anti-amerikanische Ressentiments geschürt** und sich durch seine Totalverweigerung außenpolitisch isoliert.

Ich empfand es als sehr hilfreich, dass Bischof Huber in seiner Predigt zum **11. September** neben allen Bedenken hinsichtlich kriegerischer Handlungen, deutlich hervorgehoben hat, dass die Bergpredigt in den Seligpreisungen nicht von „Friedfertigen“ sondern von „Friedensstiftern“ spricht. Es ist also von Menschen die Rede, die sich jede Handlungsoption für den Frieden offen halten, die



kein grundsätzliches Nein denen gegenüber äußern, die versuchen Frieden zu schaffen. Wir brauchen „Friedensverfertiger“, die sich im Klaren sind, dass man nur in Übereinstimmung mit der Staatengemeinschaft gemeinsames beschließen kann. Ein deutscher Sonderweg wäre nicht nur in dieser Frage schädlich. Die Beziehungen zu Amerika hat Schröder auf den Nullpunkt gebracht. Es wird sich zeigen, ob er für seine Wahlkampfparolen jetzt nicht einen höheren Preis (Kriegssold) zahlen muss, als wenn er sich von Anfang an in die Reihe derer gestellt hätte, die eine UNO-Entscheidung zum Thema Irak anerkannt hätten. Es ist unsere Pflicht, dass wir gerade in dieser Frage das Handeln des Bundeskanzlers sehr genau beobachten und kommentieren.

Jetzt aber noch zu einem anderen Thema: Als Bundesvorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises freue ich mich sehr, dass unsere frühere EAK-Vorsitzende, **Frau Dr. Merkel, jetzt mit deutlicher Mehrheit zur Oppositionsführerin gewählt wurde.** Im gleichen Atemzug bedaure ich sehr den Weggang von Herrn Dr. Felmborg. Wir haben über zwei Jahre sehr gut zusammengearbeitet.

Ihr

Jochen Borchert, MdB
Bundesvorsitzender des EAK

Diese veränderten gesellschaftlichen Bedingungen bedeuten eine veränderte Ausgangslage für eine C-Partei. Darüber muss sehr offen gesprochen werden. Ich wünschte mir manchmal, dies würde innerhalb von CDU und CSU noch offensiver, unverbrämter geschehen. Es ist nun einmal eine Tatsache, dass die Union heute in einer durch und durch säkularisierten Gesellschaft beheimatet ist. Wir müssen uns fragen, ob es uns hinreichend gelingt, unser christlich orientiertes Verständnis von Politik darin lebendig zu halten. Für die Parteien mit dem „C“ ist das eine Existenzfrage.

- Auf der einen Seite leiten wir einen guten Teil unserer Identität von dem „C“ her.
- Auf der anderen Seite spüren wir aber, wie die Rückbindung von Politik an christliche Werte durchaus zum Hindernis für die Zustimmung bei Wahlen werden kann. In Sachsen-Anhalt lassen sich jedenfalls mit dem „C“ keine Wahlen gewinnen.

So wird das, was einmal eine erfolgreiche Antwort auf eine gesellschaftliche Herausforderung war, heute in gewisser Weise zum Problem. Diesem Problem müssen wir uns stellen. Mehr noch: Wir müssen es wieder neu als eine Herausforderung begreifen. **Das „C“ als politisches Angebot muss attraktiv bleiben**, selbst wenn, ja gerade weil der gesellschaftliche mainstream derzeit in eine andere Richtung läuft. Denn es ist ein gutes Angebot.

Thomas Nipperdey hat einmal etwas düster bemerkt, christlicher Glaube werde heutzutage von vielen „als ein sich abschwächender Überhang von Tradition, nicht mehr den Gang oder gar den Fortgang der Dinge bestimmend“, gewertet. Das ist eine Aussage, die ich für mich nicht stehen lasse. Das kann auch der EAK niemals stehen lassen, sonst stünde er vor seiner Selbstauflösung. Die Tatsache der Säkularisierung ist gewiss nicht zu bestreiten. Aber ich sage Ihnen: Ich will sehr wohl weiterhin den Fortgang der Dinge mitbestimmen – und zwar als Christ mitbestimmen. Genau deshalb bin ich ja 1989 in die CDU eingetreten.

Ich möchte gerne im Folgenden mit Ihnen zwei Fragen nachgehen:

- Worauf gründet sich das „C“ in unseren Parteinamen? Hier geht es mir um einige theologische-philosophische Grundlagen.
- Was folgt aus dem „C“ in unseren Parteinamen? Hier geht es mir um die politische Praxis.

4. Christliche Überzeugungen in der Politik

Worauf gründet sich das „C“ in unseren Parteinamen?

Aus meiner Sicht gibt es einige Grundüberzeugungen, die das Verhältnis des christlichen Glaubens zum Bereich des Politischen bestimmen. In zahlreichen christlichen Bekenntnisschriften sind sie festgehalten. Ich zitiere nur stellvertretend aus dem Text, den die **Barmer Bekenntnissynode** am Beginn des Kirchenkampfes gegen den Nationalsozialismus im Mai 1934 zum Thema Staat verabschiedet hat. Ich zitiere aus der **V. These**: „Die Schrift sagt uns, dass der Staat nach göttlicher Anordnung die Aufgabe hat, in der noch nicht erlösten Welt, in der auch die Kirche steht, nach dem Maß menschlicher Einsicht und menschlichen Vermögens unter Androhung und Ausübung von Gewalt für Recht und Frieden zu sorgen. Die Kirche erkennt in Dank und Ehrfurcht gegen Gott die Wohltat dieser seiner Anordnung an ... Wir verwerfen die falsche Lehre, als solle und könne der Staat über seinen besonderen Auftrag hinaus die einzige und totale Ordnung menschlichen Lebens werden ...“

Soweit das Zitat aus der Barmer Erklärung, die zu einem der wichtigsten kirchenhistorischen Zeugnisse des 20. Jahrhunderts geworden ist. Sie hat bis heute ihren nicht nur evangelischen, sondern ökumenischen Bekenntniswert bewahrt. Was können wir darauf für unser Thema entnehmen?

4.1 Christen haben ein positives Verhältnis zu staatlicher Ordnung als einer Notwendigkeit und insofern als einer Ordnung Gottes.

Die Barmer Erklärung steht ganz in der evangelischen Tradition über Luther zu Paulus in Römer 13, wenn er die Beziehung des Christen „zu weltlichem

Recht und Schwert“ darlegt. Demnach ist staatliche Ordnung notwendig, nicht um perfekte Zustände herzustellen, sondern um das Chaos zu vermeiden. Christen akzeptieren im Grundsatz diese Notwendigkeit, selbst wenn sie nicht in allem ihren Vorstellungen entspricht. Gewiss gibt es hier Grenzfälle, ich nenne christlichen Widerstand gegen totalitäre Systeme jeder Art; aber darum geht es uns heute glücklicherweise nicht. In unserem Land ist staatliche Ordnung wirklich die Schutzordnung, so wie sich Paulus dies gewünscht hat. Gerade evangelische Christen haben maßgeblich dazu beigetragen, dass dies heute so ist. Als Christen haben wir deshalb an erster Stelle die Pflicht, immer wieder deutlich zu machen, dass wir unsere staatliche Ordnung stützen, und dass wir dankbar für sie sind.



4.2 Christen ordnen sich bewusst ein in die staatliche Ordnung, auch im Sinne der Mitverantwortung.

Nicht jeder Christ ist zum Politiker berufen. Aber jeder Christ steht in der Pflicht, in seinem Wirkungsbereich Verantwortung dafür zu übernehmen, dass menschliches Zusammenleben in guter Ordnung gelingt. Wie anders könnten wir „Salz der Erde“ und „Licht der Welt“ sein. Dies schließt Weltflucht und Staatsverdrossenheit aus, aber auch einen anspruchslosen Untertanengeist. Möglichkeiten gibt es genug, sich zu engagieren. Und wenn die Hochwasser der letzten Wochen ein Gutes bewirkt haben, dann doch dies, dass sie neue Impulse geben für ein breites Engagement aus der Bevölkerung selbst heraus. Christen können da niemals abseits stehen.

4.3 Christen wissen um die Begrenztheit staatlicher Ordnung und Möglichkeiten.

Staatliche Ordnung ist notwendig, aber sie ist nicht perfekt. Sie kann nicht alle

Probleme lösen. Christen sind deshalb gefeilt vor übertriebenen Erwartungen. Sie erwarten den Himmel nicht bereits auf Erden. Sie wollen kein Paradies errichten. Und wir wissen, dass alle Versuche in der Geschichte, paradiesische Zustände herzustellen – teilweise auch mit christlicher Intention – in totalitäre Verirrungen abgeglitten sind. Karl Popper hat uns mit Nachdruck gelehrt, dass es keineswegs Aufgabe des Staates sein

kann, das Glück zu organisieren, sondern lediglich, das Übel zu mindern.

Von daher stehe ich als Christ allen Idealismen skeptisch gegenüber. Ich sehe nicht, dass mit der Bergpredigt ein Land regiert werden

soll. Die Bergpredigt hält uns einen Maßstab vor. Doch erreichen werden wir das große Ziel nicht in unserer Zeit. Als Christen erstreben wir keinen „christlichen Staat“, wir akzeptieren vielmehr seine weltanschauliche Neutralität. Das erfordert die Bereitschaft, Kompromisse zu ertragen und Spannungen auszuhalten. Es ist ja nicht zu leugnen: Gerade der liberal-demokratische Staat, für den wir so dankbar sind, hat für uns Christen auch seinen Preis. Wir achten die Freiheiten der anderen aus Überzeugung. Aber wir bringen auch zum Ausdruck, wenn wir das Umschlagen von Toleranz in Beliebigkeit und Willkür für gefährlich halten.

4.4 Christen wissen um die Begrenztheit des Menschen.

Ich habe versucht deutlich zu machen, dass dem christlichen Glauben kein idealistisches, sondern ein durch und durch realistisches Bild vom Staat zugrunde liegt. Es geht zurück auf ein realistisches Bild vom Menschen. Christen wissen um die Begrenztheit eines jeden Menschen, aber auch um seine eigene Verantwortung. Der Mensch ist nicht das Maß aller Dinge. Doch Chri-

sten verzweifeln nicht an dieser Erkenntnis, sondern genießen ihre entlastende Wirkung, denn Gott hat sich in Christus den Menschen freundlich zugewandt. Daraus folgt eine Verantwortung des Lebens vor Gott und vor den anderen Menschen, mit denen gemeinsam ein wirkliches Menschsein sich bewähren muss. Das ist der Kern eines christlichen Menschenbildes. Die Union hat zu jeder Zeit Wert darauf gelegt, dass das christliche Menschenbild zu den unaufgebbaren Grundlagen ihrer Identität gehört. Mir persönlich ist dies sehr wichtig. Denn ich glaube: Nur auf der Grundlage eines realistischen Menschenbildes lässt sich auch realistische Politik betreiben.

4.5 Christen stehen ein für die ethischen Normen des Christentums.

In einer freiheitlichen Gesellschaft können wir nicht alle Bürgerinnen und Bürger auf das verpflichten, was wir für richtig halten. Aber wir können doch deutlich machen, was wir für gut und richtig halten.

Der Prophet Micha schreibt: „Es ist dir gesagt, Mensch, was gut ist.“ Also sollen wir weiter sagen, was gut ist für unser Land: Gerechtigkeit, Weisheit, Friedfertigkeit, Nächstenliebe, Gemeinsamkeit, Selbstbeherrschung – alles Dinge, die einen herausragenden Platz in der christlichen Tradition einnehmen. Und – wenn wir in politischer Verantwortung stehen – sollen wir natürlich auch versuchen, dazu beizutragen, „dass das Gute gestärkt“ und „das Böse gehindert“ werden kann, wohl wissend, dass ein perfektes Ergebnis nicht zu erreichen ist.

Gerade als Christen spüren wir ja sehr deutlich – um den berühmten Satz von Böckenförde zu zitieren –, dass „der freiheitliche säkulare Staat von Voraussetzungen (lebt), die er selber nicht garantieren kann, ohne seine Freiheilichkeit in Frage zu stellen“. Aber er braucht diese Voraussetzungen. Viele davon sind christlicher Herkunft. Wir mahnen sie an um des freiheitlichen Staates willen. Christen stehen deshalb ein für die ethischen Normen des Christentums und suchen so „der Stadt Bestes“.

5. Praktische Folgerungen

Was heißt das nun praktisch-politisch? Was folgt aus dem „C“ in unseren Parteienamen?

In einer pluralistischen Gesellschaft, deren Teil unsere Parteien sind, wird es immer ein Ringen um die besseren politischen Antworten und auch um die Wahrung von Interessen geben. C-Parteien werden sich gleichwohl immer der Rückfrage nach dem Grund ihrer Politik zu stellen haben. Nicht jede Frage der Tagespolitik wird am „C“ gemessen. Und in vielen Fällen muss es in einer Volkspartei auch unterschiedliche Auffassungen geben. Ich sehe aber durchaus eine Reihe von politisch-praktischen Folgerungen, von denen ich glaube, dass wir sie als Parteien, die das „C“ im Namen tragen, zu berücksichtigen haben.

5.1 Werteorientierung

Ich habe in Anlehnung an Böckenförde von den Voraussetzungen unseres Gemeinwesens gesprochen, auf die wir angewiesen sind. Es hat den Anschein, als ob uns gerade hier in den letzten Jahren einiges weggebrochen sei. Das Blutbad von Erfurt hat uns an dieser Stelle zutiefst aufgerüttelt. Es hat uns wie in einem Schlaglicht gezeigt: Die Frage, was unsere Gesellschaft im Innersten zusammenhält, gehört bei aller Vielgestaltigkeit heutiger Norm- und Wertorientierungen nur auf die Agenda der Politik. Zur Beantwortung dieser Frage haben wir Christen vieles beizutragen. Vielleicht haben wir uns in der Vergangenheit sogar zu sehr zurück gehalten, waren allzu ängstlich besorgt, nur ja nicht den Anschein zu erwecken, als wollten wir anderen unsere Sicht der Dinge aufzwingen. Vielleicht sollten wir wieder mutiger aussprechen, was wir für gut und richtig halten.

Unser Land braucht zu seiner inneren Stabilisierung wieder neu eine Verständigung über ein tragfähiges Wertefundament: Respekt vor der Würde des Menschen, Achtung gesellschaftlicher Institutionen und Autoritäten, Rechtstreue, Verantwortung für die Erziehung, Ächtung von Gewalt – das sind Werte, die uns als Christen wichtig

sind. Der humane Kern unseres Gemeinwesens ist für mich ohne eine christliche Wertorientierung schlechterdings nicht vorstellbar.

Deshalb freut es mich, dass sich die Konferenz der Ministerpräsidenten dieser Thematik in Folge der Erfurter Ereignisse selbst angenommen hat. Unter dem Stichwort „Ächtung von Gewalt und Stärkung der Erziehungskraft von Schule und Familie“ haben wir bereits in unserer Juni-Sitzung mit dem Bundeskanzler ein sehr grundsätzliches Gespräch geführt. Eine Arbeitsgruppe der Staatskanzleien ist in Abstimmung mit den verschiedenen Fachministerkonferenzen gegenwärtig dabei, Vorschläge für eine Verstärkung unserer Politiker mit der genannten Zielsetzung zu entwickeln.

5.2 Notwendigkeit von Erziehung

Die Werte, die uns wichtig sind, müssen vermittelt werden, insbesondere an die nachfolgende Generation.

Als C-Parteien bekennen wir uns zur Notwendigkeit von Erziehung und zur Stärkung all derjenigen Kräfte in unserem Land, die dazu ihren Beitrag leisten. Junge Menschen brauchen Orientierung. Bildung und Erziehung müssen darauf ausgerichtet sein, in der Prägung der Persönlichkeit die Grundlagen zu legen, um auch in unserer modernen Welt mit ihren so vielfältigen und divergierenden Einflüssen vor ethischen Entscheidungen bestehen zu können. Für unser Zusammenleben in der Gesellschaft und für den Bestand unserer freiheitlichen Ordnung ist dies konstitutiv.

Schule soll auch erziehen. Das geschieht fächerübergreifend. Um das christliche Bild vom Menschen zu bewahren, ist es aber besonders wichtig, dass der **Religionsunterricht** in den Schulen seinen festen Platz behält bzw. wieder einnimmt. Nach meiner Vorstellung soll der Religionsunterricht nicht bloß dem Pluralismus huldigen, sondern gezielt in Richtung einer christlichen Sozialisation wirken. Ein alleiniges übergreifendes Fach „LER“ wie in Brandenburg erfüllt diesen Zweck nicht hinreichend. Für ein neues Bundesland ist diese Frage besonders dringlich. Als

Landesregierung haben wir uns vorgenommen, dafür Sorge zu tragen, dass qualifizierte Religionspädagogen in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen.

5.3 Ehe und Familie

Ehe und Familie sind für die Union zentrale Fundamente unserer Gesellschaft.

Für uns ist und bleibt die Familie auch in Zukunft die wichtigste Form des Zusammenlebens. Wir streben eine **familien- und kinderfreundliche Gesellschaft** an und stellen dies auch ganz praktisch unter Beweis. Schon in der Vergangenheit haben unionsgeführte Regierungen dafür gesorgt, dass die heute gültigen Leistungen in Anspruch genommen werden können. Mit der geplanten Einführung des „Familien geldes“ knüpfen wir daran an.

Die Ehe als eine auf Lebenszeit angelegte Beziehung zwischen Mann und Frau genießt nach unserer Verfassungsordnung den besonderen Schutz des Staates. Daran halten wir fest. Natürlich heißt das nicht, dass wir nicht Entscheidungen von Menschen respektieren, die auf andere Weise miteinander zusammen leben möchten. Aber eine rechtliche Gleichstellung mit der Ehe lehnen wir ab. Die jetzige Bundesregierung hat die verfassungsrechtlich herausgehobene Position der Ehe durch das neue Lebenspartnerschaftsgesetz untergraben. Ich verstehe, wenn Edmund Stoiber heute erklärt, nicht alles, was beschlossen wurde, könne man rückgängig machen. Ich sage aber persönlich als Christ: Wenn es nach mir ginge, sollten wir diese Festlegung noch einmal überdenken.

5.4 Schutz für das Leben

Der Schutz von ungeborenem Leben ist eine Aufgabe, die uns seit vielen Jahren umtreibt. Es geht um Hilfe von Konfliktsituationen. Es geht darum, trotz schwieriger Umstände die Annahme eines ungeborenen Kindes erleichtern zu helfen. Es geht aber auch um Sanktionierung. Nach Gesetzeslage haben wir hier weitgehende Regelungen erreicht. Aber mit der praktischen Handhabung in unserer Gesellschaft können wir als

Christen eigentlich nicht zufrieden sein. Insbesondere das Thema **Spätabtreibungen** bereitet uns Sorge.

Kranke, schwache und sterbende Menschen sind ebenfalls besonders schutzwürdig. Für Euthanasie-Regelungen sehe ich als Christ keinen Spielraum. Es wäre aber sicher oft hilfreich, wenn Betroffene, Angehörige und Ärzte sich frühzeitiger und bewusster darüber verständigen könnten, welche Folgen eine mögliche Abhängigkeit von der Intensivmedizin mit sich bringt und ob dies wirklich gewollt ist. Christen gewinnen aus ihrem Glauben heraus ein anderes Verhältnis zum Ende des Lebens.

5.5 Sonn- und Feiertagskultur

Arbeitsfreie Sonn- und Feiertage sind wichtig für unser Leben. Bei allem Verständnis für ökonomische Argumente sehe ich hier doch Grenzen. Ich glaube, wenn wir den Menschen, insbesondere den Familien, hier über Gebühr Freiräume und Zeiten zur Einkehr nehmen, dann wird sich das auf die Produktivität auch nicht positiv auswirken.

5.6 Medienschutz und Medienkompetenz

Medien beeinflussen zunehmend unser Leben. Ihre Entwicklung kann uns nicht gleichgültig sein. Vieles macht uns da Sorge. Gewalt, Zynismus, Boulevardisierung und Freizügigkeit bis hin zur Blasphemie. Werte wie Rechtsbewusstsein, Toleranz, Friedfertigkeit und Offenheit gedeihen auf diese Weise nicht. Um Schaden abzuwenden, sollte hier intensiver als bisher auch über Verbote und Sanktionen nachgedacht werden. Sie müssen dann aber auch wirksam umgesetzt werden. Hier hemmt uns die **zersplitterte deutsche Medienaufsicht**. Und mit Blick auf neue Medien und das Internet wird es sowieso nur mit Hilfe internationaler Absprachen eine Verbesserung der Schutzstandards geben. Verhandlungen zwischen Bund und Ländern zur **Neuordnung des Jugendmedienschutzes** laufen derzeit. Als Unionsparteien müssen wir uns fragen, ob wir an dieser Stelle nicht lange Zeit zu unkritisch nur die Wachstumschancen, nicht aber die Gefahren der Medienbranche gesehen haben.

Schärfere Gesetze allein können es aber nicht richten. Wir alle müssen aktiver unsere Möglichkeiten nutzen, um zu einer Ächtung gefährlicher und gefährdeter Medieninhalte beizutragen. Gerade als Christen sollten wir immer wieder Mut beweisen, uns auch öffentlich gegen gewisse Trends zu stellen. Ich nenne hier nur beispielhaft die Aktion „Rote Karte gegen Gewalt in den Medien“.

5.7 Menschenrechte, Entwicklungspolitik

Christen sind verpflichtet, sich gegenüber jeder Art von Unrechtsregimes für Menschenrechte einzusetzen, auch ungeachtet außenpolitischen Kalküls und wirtschaftlicher Interessen. Dass dazu natürlich ein hohes Maß an diplomatischem Geschick gehört und der publikumswirksamste Weg nicht immer der beste ist, wissen wir auch.

Auch kann uns als Christen die Situation anderer Völker, insbesondere der Armen auf der südlichen Halbkugel nicht gleichgültig sein. Sie ringen um ihre Entwicklung, derzeit im Rahmen der UNO-Konferenz in Johannesburg, und sie haben nicht weniger als wir das Recht auf eine glaubwürdige, weitsichtige und partnerschaftliche Zusammenarbeit.

5.8 Migration

Alle Parteien in diesem Land sind sich inzwischen einig, dass gesetzliche Regelungen für die Einwanderungspolitik unumgänglich sind. Als Christen können wir hier nicht abseits stehen. Den „Fremdling“ gastlich aufzunehmen, gehört zu den Grundlagen jüdisch-christlicher Tradition. Gerade an diesem Beispiel zeigt sich aber auch, was ich als gut gemeinten, aber fehlgeleiteten Idealismus ablehne. Wir können uns als Christen auch nicht leichtfertig über Belastungsgrenzen hinweg setzen. Und wir können vor einer desolaten Integrationssituation gerade in den sozialen Brennpunkten unseres Landes nicht einfach die Augen verschließen, sonst fördern wir ungewollt die Radikalen. Deshalb will ich dezidiert auch als christlicher Politiker eine Korrektur des bislang eingeschlagenen Weges. Wir

brauchen eine verbindlichere Festlegung auf Obergrenzen und ein deutliches Bestehen auf Integrationsanstrengungen, so wie es in anderen Ländern auch geschieht.

5.9 Sozialpolitik

Mein letzter Punkt ist geradezu eine Selbstverständlichkeit. Die großen Wegbereiter des modernen Sozialstaats sind christliche Politiker gewesen. In ihrer Tradition stehen wir, insbesondere mit unseren Bemühungen, das Kernproblem der deutschen Politik in unseren Tagen, die Massenarbeitslosigkeit, endlich zu überwinden. Aber auch hier gilt: Fürsorge für Menschen, die Unterstützung brauchen, ist das eine. Sie darf aber nicht zum Selbstzweck werden und eigene Initiativen im Keim ersticken. Wenn wir hier an der einen oder anderen Stelle Riegel verschieben müssen, dann hat das nichts mit „unchristlicher Politik“ zu tun, sondern mit vernünftiger Politik. Wer ehrlich ist, muss dies auch einsehen.

6. Persönliche Konsequenzen

Ich habe einen sehr breiten Bogen geschlagen: von der Geschichte des „C“ in unseren Parteien über eine Reihe von Eckpunkten christlicher Überzeugungen bis hin zu politisch-praktischen Folgerungen. Dies alles wäre aber unvollständig ohne den Hinweis auf die persönlichen Konsequenzen. Der christliche Glaube

spricht immer zu allererst den einzelnen Menschen, auch den einzelnen Politiker an. Das heißt: nicht nur ethische Normen bei anderen einfordern, sondern bei sich selbst anfangen und im eigenen Verantwortungsbereich vorbildlich sein.

Christliche Politiker orientieren ihr Handeln auch persönlich an den Überzeugungen, die sie aus ihrem Glauben herleiten:

- etwa in der Frage, ob man sich auf ihr Wort verlassen kann;
- etwa beim korrekten Umgang mit Dingen, die uns anvertraut sind;
- auch im Umgang mit anderen Menschen, mit unseren Mitarbeitern;
- oder allgemein im Respekt vor der Gewissensentscheidung anderer.

Das sind natürlich Fragen persönlichen Verhaltens und persönlicher Glaubwürdigkeit, auch Stilfragen, die ein jeder mit sich selbst ausmachen muss. Ich will da niemanden richten. Ich glaube allerdings: Das „C“ in unseren Parteinamen erhalten wir letztlich am wirkungsvollsten dadurch lebendig, dass wir sind, was wir scheinen, und leben, was wir sagen. ■

Anm.:

Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer hat diesen Vortrag anlässlich des Jahresempfangs des Evangelischen Arbeitskreises der CSU am 16. September 2002 in Nürnberg gehalten.



Seit Dezember 2001 haben insgesamt 508 Leserinnen und Leser 21.383,90 EUR (= 41.823,27 DM) für die Evangelische Verantwortung gespendet. **Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.**

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:

Konto: Postbank Köln, BLZ 370 100 50, Konto-Nr. 112 100-500
oder Sparkasse Bonn, BLZ 380 500 00, Konto-Nr. 56 267

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK:
Internet: www.evangelischer-arbeitskreis.de

Bitte schreiben Sie auf dem Überweisungsträger deutlich Ihren Namen und Ihre Adresse. Sie erleichtern damit Frau Scheel die Bearbeitung. Herzlichen Dank!

Ökumenischer Rat der Kirchen am Scheideweg

Margot Käßmann

Als ich 1983 mit 25 Jahren in der Delegation der EKD nach Vancouver zur Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen fahren durfte, war das für mich eine ungeheure Auszeichnung! Diese Vielfalt an Menschen, diese unterschiedlichen Ansätze der Theologie! All das war mir in meinem Theologiestudium nicht begegnet.

Vor allem war ich begeistert über die Gottesdienste im großen gelb-weiß-gestreiften Zelt mit mehr als viertausend Menschen aus mehr als 300 Kirchen. Da sang ein orthodoxer Russe das Kyrie, eine Frau aus dem Pazifik das Gloria, es gab Lieder aus Simbabwe und Schweden, Predigten aus Brasilien und Rumänien, die Fürbitten wurden von Männern und Frauen aus aller Welt mit Blick auf ihre Situation gesprochen. Und wenn das Vaterunser von jedem und jeder in der eigenen Sprache gesprochen wurde, war das zwar ein Gemurmel, das an den Turmbau zu Babel erinnerte, aber es war eben eines nach Pfingsten, das heißt, es war beruhigend und nicht beängstigend, wir wussten, wir sprechen alle dasselbe Gebet, das Jesus uns gelehrt hat.

Bis in unser neues Evangelisches Gesangbuch hat sich niedergeschlagen, wie ökumenische Weltbewegung bis in die kleinste Gemeinde Ostfrieslands oder im Harz wahrgenommen werden kann. Da gibt es inzwischen vielfältige Beiträge aus allen Traditionen und Kontinenten, mit Begeisterung nehmen unsere Gemeinden wahr: über alle Kontinente und Nationen und Konfessionen hinweg können wir zusammen Gottesdienst feiern.

Lehrjahre im Ökumenischen Rat

In den kommenden Jahren habe ich im Ökumenischen Rat viel gelernt, ver-



„Ich wünsche dem Ökumenischen Rat von ganzem Herzen, dass er einen Befreiungsschlag in die Zukunft wagt.“

schiedene Leitungsaufgaben wahrgenommen. Ich verdanke ihm viel, wäre heute wohl kaum Bischöfin ohne jene Lehrjahre. Manchen Konflikt galt es durchzustehen, etwa in der Frage der Beurteilung des Einmarsches sowjetischer Truppen in Afghanistan, der Menschenrechtsverletzungen in Rumänien oder auch dem Krieg im ehemaligen Jugoslawien. Es ist mir oft schwer gefallen, die Haltung der Mehrheit der orthodoxen Delegierten in diesen Fragen zu verstehen. Alle Differenzen habe ich aber immer ertragen können, weil ich sie im Gottesdienst, in der Gemeinschaft vor Gott aufgehoben wusste.

Auslöser für den Rückzug

Nun hat Anfang September in Genf der Zentralausschuss einen Text unter dem Titel „Abschlussbericht der Sonderkommission zur orthodoxen Mitarbeit im ÖRK“ verabschiedet. Dieses Dokument ist das Ergebnis einer dreijährigen

Arbeit einer Kommission, die bei der Vollversammlung in Harare eingesetzt wurde, um den Gravamina der Orthodoxie mit Blick auf ihre Mitgliedschaft im Ökumenischen Rat der Kirchen zu begegnen. Mir ist deutlich bewusst, dass ein Weltrat von 342 Mitgliedskirchen zu Kompromissen fähig sein muss. Da muss es Abstimmungen geben und Rücksichtnahmen, da gibt es eben nicht nur faule Kompromisse, sondern auch fleißige. Das vom Zentralausschuss nun aber verabschiedete Resultat, ist in meiner Wahrnehmung weniger als ein Kompromiss, es ist meines Erachtens ein Dokument der Abgrenzung und der Angst voreinander.

Das betrifft für mich zuallererst den Gottesdienst. So heißt es unter anderem: „De facto wird der Schmerz, den die Spaltung der Christenheit verursacht, am bittersten in der gemeinsamen Andacht empfunden.“ (S. 9) Nun habe ich gerade nicht den Schmerz über die Trennung, sondern die Freude an der Gemeinschaft in diesen Gottesdiensten empfunden. Im Anhang (A) zum Dokument ist zu erfahren, warum hier nur noch von Andachten (im Englischen, das die Grundlage ökumenischer Texte darstellt, ausschließlich von „gemeinsamem Gebet“) gesprochen wird: „Der Begriff 'ökumenischer Gottesdienst' hat zur Verwirrung über die ekklesiale Qualität solcher Gottesdienste, den ekklesiologischen Status des ÖRK und den Grad der tatsächlich erreichten Einheit geführt. Aus diesen Gründen wird der Begriff 'ökumenischer Gottesdienst' nicht benutzt werden.“ (S. 17) In der dazu angeführten Anmerkung heißt es: „In den Diskussionen der Sonderkommission über die Frage des Gottesdienstes wurde zwischen den Begriffen 'worship' (Gottesdienst) und 'common prayer' (gemeinsame Andacht) unterschieden. Diese Unterscheidung wurde als notwendig erachtet, weil bei der Übersetzung des Wortes 'worship' in mehreren Sprachen der Gedanke der Eucharistiefeier mitschwingt. Das Ersetzen dieses Wortes durch den Begriff 'common prayer' wirft jedoch ebenfalls Probleme auf, da prayer im engeren Sinne auch als privates, individuelles Gebet verstanden werden kann. Für die Zwecke des vorliegenden Papiers verwenden wir den Begriff 'common pray-

er', sind uns dabei jedoch bewusst, dass dies keine vollkommene Lösung darstellt. Im Deutschen wird dieser Begriff in dem vorliegenden Dokument mit 'gemeinsame Andacht' übersetzt."

Verzicht auf gemeinsamen Gottesdienst

Nun soll es keine Gottesdienste mehr geben, sondern „**konfessionelle**“ und „**interkonfessionelle**“ **gemeinsame Andachten bzw. Gebete**. Im Dokument werden dabei unterschieden die Andachten, die in „**ekklesialer Identität**“ einer eigenen Denomination stattfinden und die interkonfessionellen gemeinsamen Andachten, die aus unterschiedlichen Traditionen schöpfen dürfen, bei denen aber deutlich sein muss, dass sie nicht von einer Mitgliedskirche verantwortet werden oder von „**einer Art hybrider Kirche**“ (S.9) (!!). Jene interkonfessionellen Gebete müssen darauf achten, dass sie „**keinen theologischen, ekklesiologischen oder spirituellen Anstoß erregen**.“ (S. 10) Zudem heißt es: „**Die interkonfessionelle gemeinsame Andacht sollte den Anschein vermeiden, Gottesdienst einer Kirche zu sein**.“ (S. 22) Sie wird von einem Ausschuss geplant, der sich sorgfältig mit der Vorbereitung auseinandersetzen soll. Zu den sogenannten „**sensiblen Bereichen**“ heißt es anschließend: „**Deshalb sollten diejenigen, die gemeinsame Andachten planen, es vermeiden, in der Frage der Frauenordination auf Konfrontationskurs zu gehen, indem sie voraussetzen, dass die gegenwärtige Praxis einer bestimmten Kirche die einzig mögliche christliche Position in dieser Frage darstellt**.“ (S. 24) Auf die Rückfrage, ob dies bedeute, dass ich als ordinierte Frau in einem solchen interkonfessionellen Gebet beispielsweise nicht segnen darf, habe ich bisher keine Antwort erhalten. Außerdem wird die Frage der Sprache aufgenommen, insbesondere die Befürchtung der Orthodoxie mit Blick auf inklusive Sprache, die sie seit Jahren kritisiert (25).

Eucharistiefeier außerhalb des offiziellen Programms

Außerdem: Sollte es während einer Veranstaltung des Ökumenischen Rates der Kirchen eine Eucharistiefeier geben,

müsse geklärt werden, wer eindeutig „**Gastgeber**“ sei, diese konfessionelle Eucharistie dürfe aber nicht Teil des offiziellen Programms sein. (S. 26) All dies ist für mich ein Ergebnis, das ich nach 75 Jahren Arbeit der Kommission für Glaube und Kirchenverfassung und 54 Jahren der Existenz des Ökumenischen Rates der Kirchen für einen **nicht hinnehmbaren Rückschritt** halte. Hat sich denn in diesen Jahren nichts bewegt? Waren die Feiern im Gottesdienstzelt von Vancouver alle in irgendeiner Form „**illegal**“? Schwere Herzens habe ich deshalb nach fast 20 Jahren Mitgliedschaft meinen Sitz im Zentralausschuss aufgegeben.

Im genannten Dokument gibt es natürlich auch andere Gesichtspunkte. Zum einen wird erklärt, dass der Ökumenische Rat der Kirchen für die Kirchen nicht Stellung beziehen darf und auch keine Positionen vertreten kann. (S. 6) Das war schon immer so, doch hat der Ökumenische Rat der Kirchen immer wieder Kirchen auch provoziert durch Stellungnahmen – das gilt, wie viele sich erinnern werden, auch für die Evangelische Kirche in Deutschland beispielsweise mit Blick auf das Programm zur Bekämpfung des Rassismus. Dabei war aber doch stets klar, dass sich derartige Äußerungen nicht hundertprozentig mit den Auffassungen aller Mitgliedskirchen decken, aber zumindest gab es eine Stimme der Kirchen auf Weltebene neben dem römischen Katholizismus.

Konsensverfahren

Zum anderen ist beabsichtigt, nur noch im Konsens eine Meinung zu bilden. Hierfür gibt es verschiedene Stufen, die in fünf Punkten erläutert werden. Noch einmal ein Zitat: „**Das Konsensverfahren erlaubt so jeder Kirchenfamilie oder anderen Gruppe von Kir-**

chen, durch eine/n Sprecher/in ihre Einwände gegenüber einem Antrag vor dessen Annahme vorzubringen und von der Versammlung berücksichtigen zu lassen. Das impliziert, dass eine Kirchenfamilie oder andere Gruppe von Kirchen einen Antrag solange zurückhalten kann, bis ihren Bedenken voll und ganz Rechnung getragen worden ist.“ (S. 11)

Ein Schweizer Delegierter nahm mich zur Seite und sagte: „**Ist das jetzt wirklich demokratischer als 'one person one vote'?**“ Diese Bedenken dürfen in der Tat artikuliert werden. Schließlich heißt es: „**Bei der Konsensfindung kommt der Person des/der Vorsitzenden eine entscheidende Rolle zu**.“ (S. 13) Nach den Erfahrungen der letzten Zentralausschuss-Sitzungen darf in Frage stehen, ob intendiert ist, tatsächlich gerade die Minderheitenmeinungen etwa der Frauen öffentlich zu hören.

Paritätsausschuss

Weiterer entscheidender Punkt ist das Paritätsmodell. Es soll einen ständigen Ausschuss geben, der die orthodoxe Mitarbeit im Ökumenischen Rat der Kirchen gewährleistet. Dieser „**wird den ÖRK-Leitungsgremien Beratung und Empfehlung geben, u.a. auch in der Frage, wie die Mitarbeit der Orthodoxen im gesamten Leben und in der Arbeit des ÖRK verbessert werden kann**.“ (S. 12, 50f.) Welche Bedeutung hat ein solcher Paritätsausschuss? Wird er kontrollieren, ist er eine Art Obergremium?

Regelung der Mitgliedschaft im ÖRK

Weiterer inhaltlicher Punkt des Dokumentes ist die Frage der Mitgliedschaft. Es wird nunmehr vorgeschlagen, dass es zwei Formen der Mit-



gliedschaft gibt. Einerseits Mitgliedskirchen, andererseits „assozierte Kirchen des ÖRK“, die an Sitzungen teilnehmen, beraten, in Kommissionen mitarbeiten, aber nicht für die Ergebnisse des Ökumenischen Rates der Kirchen haftbar gemacht werden können, weil sie nicht mit abstimmen. Das halte ich für einen schwierigen Ausweg. Entweder entschließt eine Kirche sich, Mitglied zu sein und auch die nicht immer leichten Ergebnisse mitzutragen. Oder eine Kirche ist nicht Mitglied des Ökumenischen Rates der Kirchen und kann auch in der Entscheidungsfindung nicht mitwirken.

Das alles mag etwas zu kritisch klingen. Mir scheint aber tatsächlich der Ökumenische Rat der Kirchen mit seiner großartigen Tradition und Geschichte selbst am Scheideweg zu stehen. Ist er bereit, den Konflikt zu wagen und auch kritische Themen auf die Tagesordnung zu setzen? Ist er bereit, das „privilegierte Instrument der ökumenischen Bewegung“ zu sein, das mit seinen ökumenischen Gottesdiensten die Gemeinden vor Ort inspiriert, über den eigenen Horizont zu blicken, wahrzunehmen, dass sie nur eine Provinz der Weltchristenheit sind (Ernst Lange)? Oder wird er zu einem Gremium der totalen Ausgewogenheit zwischen den Traditionen der Orthodoxie und der Reformation, das nach innen völlig gelähmt ist und keinerlei Außenwirkung mehr erzeugt? Ein Scheideweg in der Tat und das noch dazu in einer finanziell dramatischen Situation.

Ich wünsche dem Ökumenischen Rat von ganzem Herzen, dass er einen Befreiungsschlag in die Zukunft wagt. Sollte das in den nächsten Jahren nicht sichtbar sein, müssen die Kirchen der Reformation sich überlegen, wie sie sich auf Weltenebene so organisieren, dass ihre Stimme in der Welt der Globalisierung hörbar wird. ■

Anm.:

Dr. Margot Käßmann ist Landesbischöfin der Evangelisch-Lutherischen Landeskirche Hannovers.

„Es ist zum Ungläubig werden ...!“

Zur Rolle der Religionen in den aktuellen Konflikten

Manfred Kock

Vor einem Jahr haben die schrecklichen Terroranschläge in den Vereinigten Staaten von Amerika darauf aufmerksam gemacht, wie verletzlich unsere komplexe Welt ist durch Verbrechen – vor allem durch solche, deren Motive sich aus irrationalen Hass speisen. Die vermutlichen Initiatoren des Verbrechens und die sie rechtfertigen, berufen sich auf göttliche Weisungen, sprechen von „Heiligem Krieg“ und drohen mit weiteren Anschlägen, vorgeblich getrieben von der Absicht, widergöttliche Verfallserscheinungen vor allem der westlichen Welt korrigieren zu müssen. Diese westliche Welt wird identifiziert mit jüdischem und christlichem Geist, der in den Augen der Alkaida ein „Ungeist“ ist.

Terroristische Gewaltakte, wie die vom 11. September, werden von fundamentalistischen Strömungen des Islam als Kampf der Kulturen geführt. Die westliche Welt, die wir gekennzeichnet sehen durch ihre freiheitliche, die Menschenwürde schützende, demokratische Rechtsordnung, wird von jenen Kräften als dekadent, widergöttlich und pervers empfunden. Auflösungstendenzen moralischer Werte wie Ehe und Familie werden nicht als verbesserliche Mängel angesehen, sondern als Beweis des Versagens christlicher Ethik. Folglich führen Islamisten einen Kampf um Religion in ihrem Verständnis und benutzen dabei die Mittel verbrecherischer Gewalt ohne Rücksicht auf das Leben Unbeteiligter.

Einfluss religiöser Extremisten

Religiöse Extremisten gibt es heute zunehmend auch wieder in jüdischer und christlicher Couleur. Protestantische Erweckungsfundamentalisten, vor allem in den USA, und katholische Charismatiker träumen von einer Re-Christianisierung der Welt. Auch wenn man ihnen Terror-



„Das Bekenntnis zu dem Gott, der sich allen Menschen zuwendet, stärkt die Achtung gegenüber anderen Religionen.“

anschläge nicht zutraut, die man ihnen zutraut, sie eint mit den islamistischen Fundamentalisten die Überzeugung, dass das säkulare Gemeinwesen westlicher Prägung ohne Wertgrundlage zur Verwüstung des Geistes führe und dringend wieder auf eine sakrale Grundlage gestellt werden müsse.

Auch die heillose Gewaltgeschichte im Nahen Osten lässt auf allen Seiten die Berufung auf Religion als Kennzeichen der Unversöhnlichkeit erscheinen. Darum wundert es nicht, wenn viele Menschen, die durch Aufklärung und Nüchternheit geprägt sind, die Religion als solche haftbar machen für das Anwachsen von Krieg und Terror in der Welt.

Vor ein paar Monaten hat Gustav Seibt in der Besprechung des neu erschienen Buches von Bernard Wasserstein über Jerusalem folgende Summe gezogen: Nachdem man die Geschichte Jerusalems zur

Kenntnis genommen hat, mag man „einen Namen nicht mehr hören: den Namen Gottes. **Wassersteins Buch ist zum Ungläubigwerden**, und recht aus Herzensgrund möchte man einem chinesischen UN-Delegierten zustimmen, der 1947 anregte, man möge die heiligen Stätten Jerusalems 'einem philosophischen Atheisten mit Menschenfreundlichkeit' unterstellen“ (Süddeutsche Zeitung vom 4. April 2002, S. 16). Diese Formulierung trifft eine weit verbreitete Stimmungslage. Wo man hinschaut in der Welt, sind die aktuellen Konflikte mit religiösen Motiven verwoben: im Nahen Osten, auf dem Balkan, auf dem indischen Subkontinent, auf den Philippinen, in Nordirland usw. usw... Bei manchen verfestigt sich der Eindruck, die Welt würde friedlicher werden, wenn es nur gelänge, den Faktor Religion auszuschalten.

Das ist zwar allzu simpel gedacht. Denn auch so genannte religionslose, vorgeblich auf Vernunft gegründete Systeme können maßlos und fanatisch sein. Gerade wo der Mensch das höchste Wesen für den Menschen ist, da spielt er eine Rolle, die ihn überfordert. Seine Unvollkommenheit lässt Humanität immer wieder in Inhumanität umschlagen. Während die biblische Überlieferung den ewigen Gott voll Erbarmen und Langmut darstellt, der die Sonne über Gerechte und Ungerechte aufgehen lässt, handelt der Mensch unter Zeit- und Erfolgsdruck, auch wenn er die gute Absicht hat, die Ungerechtigkeit der Erde zu beseitigen. Gerade dann, wenn er rigoros nach Gerechtigkeit strebt, will er oft genug die totale Herrschaft, die zu sichern, ihn wieder zu Gewalt und Terror nötigt (Horkheimer). Der Jakobinische Terror in Folge der Französischen Revolution und der Stalinismus sind dafür beredete Beispiele.

Aber es lässt sich – leider Gottes! – nicht leugnen, dass es religiöse Traditionen und Überzeugungen gibt, die aus sich heraus der Anwendung von Gewalt Vorschub leisten oder sich jedenfalls zur Legitimation oder Bemäntelung von Herrschaftsansprüchen und Unterdrückungsmaßnahmen instrumentalisieren lassen – wie auch zu deren Bestreitung und Überwindung.

Die christlichen Kirchen können in dieser Beziehung nicht vom hohen Ross herab reden. Die Geschichte des christlichen Abendlandes ist voll von Beispielen dafür,

dass Menschen unter Berufung auf christliche Glaubensüberzeugungen Andersdenkende verfolgt und getötet haben.

Kritik an der Religion

Das Wochenmagazin DER SPIEGEL hat im Oktober 2001 (Nr. 41) im Anschluss an die Terroranschläge vom 11. September die bekannte dunkle Geschichte religiösen Wahns auch in ihrer jüdisch-christlichen Spielart ausgebreitet. Der Untertitel „Die Rückkehr des Mittelalters“ bezeichnet die Tendenz des Artikels, nämlich darzustellen, es sei die Religion als solche, die Gewalt erzeuge.

Die Erzählung von Samson, dem jüdischen Führer aus dem 12. vorchristlichen Jahrhundert, wird genutzt, diesen als ersten Selbstmordattentäter zu kennzeichnen. Der war durch den Verrat seiner Frau Dalila seiner Haare beraubt, welche die Quelle seiner unbändigen Kraft waren. So war er den Philistern in die Hände gefallen, die ihn gefangen nahmen und blendeten. Als aber dem Blinden die Haare nachgewachsen waren, kehrte die Kraft zurück, und Samson brachte die tragende Säule im Palast der Philister, an der er angekettet war, zum Einsturz und riss 3000 Menschen unter dem einstürzenden Dach mit sich in den Tod.

Mit der Darstellung dieser Erzählung beginnend beschreiben die SPIEGEL-Autoren eine Serie von Gewaltakten und -erfahrungen, die das **Judentum** als eine Religion kennzeichnen, die kaum anderes zustande gebracht zu haben scheint als Mord und Totschlag im Namen Jehovas. Von der Geschichte der Landnahme angefangen über die Widerstandskämpfer von Massada gegen die Römer bis hin zum Mord an Jizchak Rabin wird die jüdische Geschichte unter dem Aspekt religiös begründeter Gewalt beschrieben. Kein Wunder, dass auch die hoffnungslose Dramatik des gegenwärtigen Nah-Ost-Konfliktes in erster Linie mit dem religiösen Fanatismus der religiösen Führer erklärt wird.

Auch die **Geschichte des Christentums** wird vom SPIEGEL als eine Tragödie „Mit Feuer und Schwert“ gedeutet. Die Gewaltgeschichte des Mittelalters wird so zusammengefasst: Solange die Christen noch ohne Macht waren, haben sie religiöse Gewalt der Verfolger gesucht – in

brennender Sehnsucht nach dem Martyrium. Nachdem sie zur Macht gekommen waren, sind sie ihrerseits über Ungläubige und Andersdenkende hergefallen.

Kreuzzüge sind unter der religiösen Losung „Deus lo vult – Gott will es“ mörderische Unternehmen gewesen. Auch die Bluts pur der Inquisition und der Hexenverfolgung wird eindrücklich beschrieben als religiöser Exzess.

So wie die Autoren des SPIEGEL in der erwähnten Ausgabe deuten auch viele andere Werke die Geschichte des Christentums als eine Geschichte der Gewalt. Die dargestellten Sachverhalte sind nicht zu leugnen. Aber religiöse Motive waren nicht die einzigen Gründe für Gewalt und Terror. Keinesfalls aber zwingt die dunkle Geschichte die heutigen Kirchen, zu heutigen Gewaltsituationen zu schweigen. Im Gegenteil, dieser Schatten, der über der Geschichte der christlichen Kirchen liegt, verpflichtet sie, sich heute kritisch zur Rolle der Religionen in den aktuellen Konflikten zu äußern.

Die christliche Theologie hat es gelernt, die Heilige Schrift von ihrer Mitte her zu verstehen, von der Liebe Gottes in Jesus Christus. Auch mit Hilfe von Impulsen der Aufklärung hat sie einen kritischen Umgang mit solchen biblischen Geschichten gewonnen, die von zeitgebundener Gewaltdarstellung geprägt sind. Beides bewahrt davor, biblische Aussagen fundamentalistisch, das heißt: losgelöst von ihren historischen und politischen Bedingungen, zu deuten. Auch die Geschichte der christlichen Kirche kann selbstkritisch beurteilt werden, gerade deswegen, weil die Fehlentwicklungen und die Schuld der Kirchen offen gelegt werden, von der Kirche selbst, nicht nur von ihren Kritikern. So ist zum Beispiel mit den Forschungen über die Anteile der christlichen Überlieferung am Entstehen und an den Zuspitzungen des Antisemitismus bis hin zum Holocaust eine Bußbewegung in Gang gekommen, die heute ein wichtiges Bollwerk gegen das Wiedererstarken des Antisemitismus ist.

Auch die **Geschichte des Islam** weist Gewaltphasen und -ereignisse aus, die den Schrecken des christlichen Mittelalters nicht nachsteht. „Befreiungsschlag gegen die Ungläubigen“, so kennzeichnet DER SPIEGEL den Islam von seinem Aufbruch

unter Mohammed bis hin zu den Ausbrüchen islamischer Fanatiker heute. Die wirtschaftliche und kulturelle Blütezeit des Islam im frühen Mittelalter hatte vor allem in Spanien eine große religiöse Toleranz entwickelt. Die wurde jedoch unter den Blutorgien der Kreuzzüge restlos zerstört. Die gegenwärtigen Terrorakte und der Beifall aus weiten Teilen der Bevölkerung in islamischen Staaten zeigen, wie groß die Gefahr ist, wenn irrationale religiöse Begründungen das Handeln leiten. Auch die Rechtsordnung zahlreicher islamischer Staaten wird umgestaltet nach Ordnungen, die als Gott gebotene Scharia erklärt werden. Nach den Maßstäben unserer freiheitlichen Rechtsordnung sind solche Rechtssysteme inhuman und deshalb unakzeptabel.

Hier und da gibt es im Islam so etwas wie einen **Prozess der Aufklärung**. In der islamischen Theologie zeigen sich über den Umgang mit der Frage religiöser Gewalt neue Denkansätze. Auch im Blick auf den Koran, die Heilige Schrift des Islam, gibt es erste Anzeichen für historische Kritik. Jedoch sind aufgeklärte muslimische Theologen oft massiven Repressionen ausgesetzt, wie das Beispiel eines ägyptischen Professors zeigt, der unter dem Einfluss von Fundamentalisten aus seinem Amt vertrieben und zur Scheidung von seiner Frau gezwungen wurde. Sie brauchen unsere Unterstützung, damit sie in der islamischen Welt größeren Einfluss erlangen können. Hoffentlich kann der Dialog mit dem Islam dazu beitragen, dass sich hier eine weitere Veränderung ergibt.

II.

Indem ich diese Perspektive aufzeige, konzediere ich der Kritik an der Religion allgemein ein gewisses Recht – insoweit nämlich als **Religion benutzbar ist zur Legitimation von Gewalt**. In verhängnisvoller Weise wirkt sich der religiöse Faktor bei politischen Konflikten überall dort aus, wo politische Ansprüche religiös begründet werden. Soweit im **Konflikt um Jerusalem und um Israel bzw. Palästina** territoriale Ansprüche und ihre Bestreitung religiös untermauert werden, bleibt kaum Raum für pragmatischen Ausgleich und vernünftigen Kompromiss, vor allem, wenn eine Seite mit der Ideologie des Heiligen Krieges die Mordtaten begründet und die Selbstmordattentäter zu Märtyrern stilisiert. Der

religiöse Begriff des Martyriums in christlicher Tradition ist zur Kennzeichnung von Selbstmordattentätern völlig ungeeignet. Märtyrer nach christlichem Verständnis sind Glaubenszeugen, die um ihres Glaubens willen Gewalt erdulden, keinesfalls aber selber anderen Gewalt zufügen.

Im **16. und 17. Jahrhundert** war es auch in Europa nicht viel mehr als eine reale Utopie, **Politik und die Durchsetzung religiöser Ansprüche zu entkoppeln** und zu einem aufgeklärten Verhältnis von Religion und Politik zu gelangen. Die gemeinsam durchlebten Schreckenszeiten haben damals bereit gemacht, neue Wege einzuschlagen. Der Beginn eines solchen Weges war der Friede von Münster und Osnabrück von 1648, der den 30jährigen Krieg beendete. Nach langen und zähen Verhandlungen wurde am 24. Oktober 1648 Frieden geschlossen auf einer pragmatischen und rationalen Grundlage. Die drei Konfessionen – Römisch-Katholische, Lutheraner und Reformierte – brauchten ihre Wahrheitsansprüche nicht aufzugeben, wohl aber mussten sie auf die Durchsetzung eines Wahrheitsmonopols verzichten und sich zur gegenseitigen gewaltfreien Duldung verpflichten. Auf dieser Basis konnte das Zusammenleben von Menschen und Völkern neu geordnet werden. Ein Sicherheitssystem wurde eingeführt, das die **Koexistenz der Konfessionen** ermöglichte, obwohl sie immer noch prinzipiell die Legitimität der Lehre der jeweils anderen Konfession bestritten.

Diese Rechtsordnung von 1648 war bis auf weiteres hilfreich, aber sie war nicht so stark, dass sie Europa und die Welt vor weiteren schrecklichen Kriegen bewahrt hätte. Das zeigt, wie eben auch nach Überwindung der religiösen Begründung für Gewalt und Krieg andere Furien hervorbrechen, deren schreckliche Folgen erst nach zerstörerischen Kriegen allgemein erkannt werden: nationalstaatlicher Egoismus, rassistische und nationalistische Überheblichkeit.

Andere Interessen kommen noch hinzu: Heute vor allem die Gier nach Herrschaft über Ölquellen und andere Bodenschätze, die zwanghafte Kompensation von Minderwertigkeitsgefühlen, die Angst vor Überfremdung, vor Identitätsverlust. Die Religionsartikel des Westfälischen Friedens enthalten eine bemerkenswerte Klausel.

Was in diesem Vertrag zur Bestätigung des Augsburger Religionsfriedens von 1555 und zur Auslegung strittiger Artikel bestimmt worden ist, „das soll für eine immerwährende Erläuterung des besagten Friedens...gehalten werden, bis man sich durch Gottes Gnade über die Religion verständigt haben wird“ (aus: *Instrumentum Pacis Osnabrugense, Art. V § 1*).

Was das Verhältnis der christlichen Konfessionen zueinander angeht, so ist die damals erhoffte Verständigung auch nach über 350 Jahren noch nicht erreicht. Daher ist die oben genannte Klausel des Friedensvertrages eine bleibende Verpflichtung.

Wohl aber sind Unterschiede zwischen christlichen Konfessionen kein Grund mehr für Inquisition, Mord und Krieg. Auch die Auseinandersetzungen zwischen Römisch-Katholischen und Protestanten in Nordirland oder die auf dem Balkan zwischen serbischen Orthodoxen und Römisch-Katholischen haben andere als religiöse Ursachen. Ich komme darauf zurück.

III.

Die Ereignisse des 11. September machen aber deutlich, dass das Zusammenleben mit dem Islam nicht so problemlos ist wie das zwischen den christlichen Konfessionen. Schon vor diesem Datum und verstärkt danach sind **Übergriffe gegen christliche Minderheiten in islamischen Ländern grausame Wirklichkeit**. Immer wieder wird berichtet, wie z. B. in Pakistan, in Indonesien, in Nigeria Dörfer mit ihren Kirchen in Flammen aufgehen und Menschen umgebracht werden, weil sie der anderen verhassten Religion angehören. In Indien übrigens sind die Täter zumeist fanatische Hindus, die Opfer nicht nur Christen, sondern auch Muslime.

In unserem Land leben inzwischen auf Dauer etwa drei Millionen Muslime. Zum ersten Mal in unserer Geschichte leben wir mit einer so großen Minderheit einer an-



deren Religion zusammen. Gegenüber dem Islam – wie gegenüber jeder anderen religiösen Erscheinung – sind die Stärkung der Dialogfähigkeit und die Stärkung der Fähigkeit zu kritischer Wahrnehmung gleichermaßen wichtig. Die schrecklichen Attentate in den USA waren nicht nur die Sache einiger radikalisierter, wahnsinniger Fanatiker. Die teilweise unverhohlenen zustimmenden Reaktionen in der islamischen Welt ließen deutlich zu Tage treten, dass neben dem säkularisierten westlichen Lebensstil auch der religiöse Hintergrund des Westens, die jüdisch-christliche Tradition, gemeint war. Der Islam steht in Euro-

pa vor der Bewährungsprobe, ob er in der Lage ist, sich auf die Bedingungen einer freiheitlichen Demokratie und des weltanschaulichen Pluralismus einzulassen. Ein Grundpfeiler der verfassungsrechtlichen Ordnung in allen demokratischen und säkularen Staaten ist die Religionsfreiheit. (Zur Religionsfreiheit s. v. Cam-

penhausen, § 136 Religionsfreiheit, in HSTR, Bd. VI = ders. *Gesammelte Schriften*, Tübingen 1995, S. 256 ff.) Sie ist systemübergreifendes Grund- und Menschenrecht, nicht nur Recht des Individuums auf eigenen Glauben. Die Freiheit konkretisiert sich vielmehr in der freien Möglichkeit, Religion auch gemeinschaftlich ausüben zu können. Die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften selbst sind in die Garantie der Religionsfreiheit aufgenommen. Die Verfassung und die Rechtsprechung der Bundesrepublik Deutschland hat dieses in klarer, unmissverständlicher Weise herausgestellt. Das wiederum erfordert Regelungen, die das Verhältnis der religiösen Gruppen und Verbände untereinander und zum Staat in den Blick nehmen.

Auch wenn das heutige Staatskirchenrecht mit seinen Grundprinzipien der Religionsfreiheit, der Trennung von Staat und Kirche, des Selbstbestimmungsrechts der Religionsgemeinschaften, der Säkularität und Neutralität des Staates, der Gleichstellung aller Religionen im pluralistischen System das Ergebnis eines langen Prozesses

der Säkularisierung ist, so ist unverkennbar, dass das Verhältnis von Staat und Religion im Sinne eines geordneten Gegenübers von weltlichem Gemeinwesen und rechtlich selbständigen Religionsverbänden eine Besonderheit der westlichen Zivilisation ist. Das Christentum war und ist an der Gestaltung und Weiterentwicklung des Verhältnisses prägend beteiligt.

Das Ziel muss klar sein: Die Verfassung unserer Bundesrepublik Deutschland darf nicht unter Berufung auf Religionsfreiheit und Diskriminierungsverbote ausgehöhlt werden. Sie ist nämlich die Instanz, die Religionsfreiheit und Religionsfrieden gewährleistet.

Der religiöse und weltanschauliche Pluralismus, der sich in den vergangenen Jahrzehnten in Deutschland zu bilden begonnen hat, verpflichtet den Staat zu einem genaueren Hinsehen, wenn es darum geht, ihm aufgegebenen Schutz von Verfassungsrechtsgütern gegen exzessive Ausübung von Religionsfreiheit wahrzunehmen. Eine wichtige Möglichkeit staatlichen Handelns ist die des Verbots solcher Religionsgemeinschaften, die gegen die Verfassung verstoßen oder sie zerstören wollen. Diese Option ist nicht erst seit der Streichung des so genannten „Religionsprivilegs“ aus den Verbotsregelungen im Vereinsgesetz gegeben.

Nicht nur der Staat, auch die Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften selbst, die in einem wachsenden Pluralismus nebeneinander treten, müssen auf diese gesellschaftlichen Entwicklungen reagieren. Das friedliche Zusammenleben in unserer Gesellschaft, ja das Funktionieren der staatlichen Ordnung insgesamt, ist abhängig von der Friedensfähigkeit der Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften untereinander. Hierin liegt die Bedeutung der friedenswahrenden Ausübung und recht genutzten Freiheit der Religionsgemeinschaften. Das Nebeneinander der verschiedenen Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften darf das geordnete friedliche Zusammenleben in ein und demselben Gemeinwesen nicht gefährden. Dies ist die eigentliche Herausforderung in der multireligiös gewordenen Wirklichkeit in Deutschland.

Wie kann das Zusammenleben unterschiedlicher Religionen gelingen?

Nur im respektvollen Dialog! Die Achtung vor dem Glauben anderer erfordert die Bereitschaft, deren Glauben kennen zu lernen. Dabei wird man Gemeinsamkeiten erkennen, aber vor allem muss man den Anderen in seiner Fremdheit akzeptieren. Der Dialog hat unabdingbar als Voraussetzung die Akzeptanz des säkularen Staates, dessen Rechtsordnung die Pluralität schützt. Deshalb müssen im Gespräch mit dem Islam die Grundsätze unserer Verfassung zur Sprache kommen. Hier wünsche ich mir neben dem unumgänglichen gegenseitigen Respekt größere Deutlichkeit in der Sache. In diesen Rahmen gehört auch die Bewertung von Menschenrechtsverletzungen, Verfolgungen und Benachteiligungen christlicher und anderer religiöser Minderheiten in islamisch geprägten Ländern. Nur wenn hierüber offen gesprochen werden kann, besteht überhaupt Hoffnung, dass sich eines Tages auch die islamischen Gesellschaften und Staaten selbst wandeln, eine menschenwürdige Rechtspraxis einführen und sich dahingehend reformieren, dass sie Religionsfreiheit für andere Glaubensrichtungen gewährleisten, die mehr ist als bloß pragmatische Duldung.

IV.

Religion hat mit der Beziehung des Menschen zu Gott zu tun. Sie bietet die Chance tiefer Einsicht und klarer Orientierung. Aber Religion ist nicht selbst etwas Göttliches, sondern etwas durch und durch Menschliches. Sie trägt darum auch die Kennzeichen des Bösen, das manchmal gerade unter der Verkleidung der erhabensten und edelsten Lebensäußerungen daherkommt. Religion kann sich – so gut wie jede andere Äußerung der menschlichen Kultur – vermischen mit Irrtum und Überheblichkeit. Darum ist der kritische und der selbstkritische Umgang mit Religion eine unaufgebbare Forderung. Aber gerade weil religiöse Motive in so viele Konflikte hineinverwoben sind, machen es sich manche allzu einfach und reduzieren das Bündel der jeweiligen Konfliktursachen auf das religiöse Motiv.

So bleibt es ein Ärgernis, dass – wider besseren Wissens – in der Berichterstattung über Nordirland die Konfliktpartner in den Medien wieder und wieder als „Katholiken“ und „Protestanten“ einander gegenübergestellt werden. Der



Gegensatz zwischen Katholiken und Protestanten ist nicht der Kern, nicht einmal ein dominierender Faktor in der nordirischen Tragödie. Wenn man schon eine Kurzformel verwendet, dann wäre es weit angemessener, von Auseinandersetzungen zwischen pro-britischen und pro-irischen Elementen zu sprechen – wenngleich auch dies nicht ganz zureichend ist. Jedenfalls sind die Kirchen in diesem Konflikt auf der Seite der Friedensstifter, während es sich bei den Scharfmachern um kleine sektiererische Gruppen handelt.

Allerdings sollte man die Religion auch nicht vorschnell entlasten, indem alle politischen Konflikte nur auf soziale Ursachen zurückgeführt werden. Der Brudermord des Kain an Abel am Anfang unserer erzählten Geschichte geschieht ohne Wohlstands- oder Elendsgründe. **Offenbar sind Bosheiten im Menschen tief verankert, dass ihre Abgründe nicht zu ermessen sind.** Wer alle Konflikte auf soziale Ursachen reduziert, würde diejenige Religionskritik bestätigen, die Religion lediglich als eine Maske menschlicher Wünsche oder eine Kompensation gesellschaftlicher Leiden erklärt. Im Umgang mit der Rolle der Religionen in den aktuellen Konflikten kommt es aus der

Sicht der evangelischen Kirche und Theologie darauf an, die in der biblischen und theologischen Tradition enthaltenen religionskritischen Züge zu bewahren. Der biblisch inspirierte Gottesglaube hat immer die Zweideutigkeiten der Religion aufgedeckt, schon im Alten und Neuen Testament selbst gibt es anschauliche Beispiele dafür, dass Religion unterdrücken und befreien, zerstören und heilen kann. Die prophetische Kulturkritik (*„Barmherzigkeit will ich, nicht Opfer!“* vgl. *Jesaja 1, 11 ff, Matth 9, 13*), die von Jesus betonte Unterordnung der Religionsgesetze unter ihrem humanen Zweck (*„der Sabbat ist um des Menschen willen gemacht“*, *Markus 2, 27*), die urchristliche Deutung des Gekreuzigten als Selbsthingabe Gottes und als endgültige Aufhebung des sakralen Opfermechanismus – dies sind nur einige zentrale Motive biblischer „Gegen-Religion“, die zum christlichen Selbstverständnis gehören.

Die neuzeitliche Religionskritik befindet sich auch dort im Irrtum, wo sie glaubt, es seien Verhältnisse herstellbar, in denen es der Religion als Kultur des Verhaltens zum Transzendenten, zum Unverfügbaren nicht mehr bedarf. Im Irrtum befindet sie sich vor allem darin, dass sie die Gefahr nicht sieht, wie in das Vakuum einer Gottesverdrängung an-

dere „Götter“ einströmen, die zur Anbetung mit Habgier und Egoismus, mit Kälte und Gleichgültigkeit, mit Selbstherrlichkeit und Größenwahn locken.

In der gegenwärtigen kulturellen Landschaft zeichnen sich bei der Debatte über Religion zwei völlig gegensätzliche Tendenzen ab: einerseits eine verschärfte Erneuerung **radikaler Religionskritik** und andererseits eine **neue Sensibilität für die positive Bedeutung der religiösen Dimension**. Jürgen Habermas hat in seiner Dankrede zur Verleihung des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels am 14. Oktober des vergangenen Jahres eine interessante Neubewertung der Religion vorgenommen. Ihm komme es vor – so sagt er – als „hätte das verblendete Attentat (am 11.9.2001) im Innersten der säkularen Gesellschaft eine religiöse Saite in Schwingung versetzt“. Er wirbt dafür, dass sich auch die säkulare Gesellschaft „ein Gespür für die Artikulationskraft religiöser Sprachen“ bewahrt, weil sie sich „nur dann nicht von wichtigen Ressourcen der Sinnstiftung“ abschneidet.

Religionen und Religionsgemeinschaften können eben auch ein wichtiges Potential zur Wahrung und Wiederherstellung des Friedens entfalten. Ver-



Weggang des Bundesgeschäftsführers

Berlin: Der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), **Jochen Borchert** MdB, bedauert den Weggang des Bundesgeschäftsführers des EAK, **Dr. Bernhard Felmberg**. Die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg hat Herrn Dr. Felmberg zum Oberkonsistorialrat berufen. Er wird diese Stelle zum 1. Dezember antreten. Über zwei Jahre hat Herr Dr. Felmberg im EAK hervorragende und engagierte Arbeit geleistet. Durch seine kommunikative und kompetente Art ist es ihm gelungen, die Bedeutung des EAK für Politik und Kirche in vielfältiger Weise deutlich zu machen. Durch sein Wirken konnten die Kontakte zur EKD und zur Evangelischen Allianz intensiviert werden. Mit seinem theologischen Sachverstand hat Herr Dr. Felmberg sich immer wieder in die aktuellen ethischen und bildungspolitischen Debatten eingebracht. Der Evangelische Arbeitskreis bedauert den Weggang von Herrn Dr. Felmberg sehr, wünscht ihm aber von ganzem Herzen für seine Zukunft Gottes Segen.



söhnungskräfte entstammen auch den religiösen Ressourcen der Menschheit.

Die Kirchen in Europa leisten in vielen Krisenregionen einen wichtigen Beitrag zu einer Kultur des Friedens und der Gewaltfreiheit. Gerade der interreligiöse Dialog ist in der Lage, sich des Themas religiöser Legitimierung von Gewalt anzunehmen.

Die vielen Faktoren, die auf gewaltsame Konfliktaustragung Einfluss haben, sind weder durch militärische Mittel letztlich auszuschalten, noch können wirtschaftliche, politische Entscheidungen allein die Lösung darstellen. Betroffene Menschen müssen immer wieder ermutigt werden, um friedliches Zusammenleben zu lernen. Kirchen und Menschenrechtsorganisationen mit ihren zivilen Friedensdiensten haben wie auch die internationale Diplomatie, vielfältige Zugänge, um solche Lernprozesse zu fördern.

Gustav Seibt hat in seiner Besprechung des Jerusalem-Buches, an die ich eingangs angeknüpft habe, an die Stimme jenes chinesischen UN-Delegierten erinnert, der 1947 anregte, man möge die heiligen Stätten Jerusalems „einem philosophischen Atheisten mit Menschenfreundlichkeit“ unterstellen. Nur – wo kommt Menschenfreundlichkeit her? Von welchen Wurzeln nährt sie sich? Von welchen Quellen wird sie gespeist? Mir liegt es fern, den religiösen Wurzeln und Quellen einen Alleinvertretungsanspruch bei der Hervorbringung und Förderung von Menschenfreundlichkeit, Friedfertigkeit oder Versöhnungswillen zuzuerkennen. Aber eines wird man sagen müssen: Es gibt in der Kultur der Menschheit nicht unend-

lich viele Ressourcen, die sich als fähig gezeigt haben, diese Tugenden hervorzubringen und kräftig zu erhalten. Der Ruf in die Nachfolge Jesu gehört auf jeden Fall dazu. Wer diesen Ruf vernimmt, findet zur Selbstkritik, ohne die keine ernsthafte Kritik an den Religionen möglich ist. Das Bekenntnis zu dem Gott, der sich allen Menschen zuwendet, stärkt die Achtung gegenüber anderen Religionen. Und deshalb kann man angesichts der heillosen Konflikte der Gegenwart durchaus auch zu der Schlussfolgerung kommen: **Es ist zum Gläubigwerden.** ■

Anm.:

Der Vorsitzende des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Präses Manfred Kock, hat diese Rede im Überseeclub in Hamburg am 12. September 2002 gehalten.

Aus unserer Arbeit

■ Kirchlicher Orden für Thomas Rachel MdB

Athen / Kreis Düren: Dem EAK-Landesvorsitzenden von Nordrhein-Westfalen und Bundesvorstandsmitglied **Thomas Rachel** ist in Athen eine besondere Ehrung der griechisch-orthodoxen Kirche zuteil geworden. Im Namen des Patriarchen von Alexandrien, Petrus, überreichte der Athener Metropolit dem CDU Bundestagsabgeordneten im Kreis Düren, Thomas Rachel, das Kreuz des Apostels und Evangelisten Markus II. Klasse „als Zeichen des apostolischen Segens für seine Dienste an der Kirche“. Bei der Verleihung des kirchlichen Or-

dens würdigte der Metropolit vor allem Thomas Rachel's Verdienste für die Verständigung zwischen den beiden Ländern und den Kirchen.

■ 20-jähriges Jubiläum des EAK Rotenburg/Wümme

Selsingen: Anlässlich der 20-Jahr-Feier des EAK Kreisverbandes Rotenburg/Wümme konnte der Kreisvorsitzende **Albert Rathjen** neben den Gründervätern des EAK vor Ort auch den EAK-Bundesvorsitzenden **Jochen Borchert** begrüßen. Die zahlreichen Grußwortredner gratulierten dem Kreisverband zu seiner erfolgreichen Arbeit unter dem Vorsitz von Albert Rathjen. Dieser betonte, dass der EAK sich stets mit interessanten Themen zu ethischen Fragen und zum Christentum befasst habe und sich als Vermittler zwischen Christentum und Politik verstehe. Die Brückenfunktion des EAK zwischen den Konfessionen, zwischen Kirche und Politik und zwischen Politik und Bevölkerung sei auch weiterhin eine wichtige Aufgabe für die Zukunft. Der stellvertretende Landrat

Reinhard Brünjes sagte: „Der EAK ist eine Institution, die, wenn sie noch nicht da wäre, erfunden werden müsste. Dass es den EAK innerhalb der CDU gibt, macht deutlich, dass die CDU eine echte Volkspartei ist.“

Der EAK-Bundesvorsitzende Jochen Borchert machte auf die nach wie vor unverzichtbare Bedeutung des EAK aufmerksam, die es ermögliche über den „Tellerand der Tagespolitik“ hinauszuschauen und nach den Werten zu fragen, wenn es um politische Entscheidungen ginge. In diesem Zusammenhang sei die faire und offene Auseinandersetzung zwischen Kirche und Politik wichtig. Innerhalb des Evangelischen Arbeitskreises zeigten beispielsweise die heftigen Diskussionen um die embryonale Stammzellenforschung und oder die aktive Sterbehilfe, wie sinnvoll es war, den Dialog mit allen Betroffenen gesucht zu haben, so dass man wenigstens zum Teil christliche Standpunkte in die politischen Entscheidungen des Bundestages einbringen konnte.



Thomas Rachel und der Athener Metropolit Petrus

Meinungen und Informationen aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU · Herausgeber: Jochen Borchert, Dr. Ingo Friedrich, Gustav Isernhagen, Dr. Hans Geisler, Dieter Hackler, Christine Lieberknecht · Redaktion: Silke Adam, Dr. Bernhard Felmberg (V.i.S.d.P.), Klingelhöferstr. 8, 10785 Berlin, Tel.: (030) 22070-432, Fax: (030) 22070-436 · E-Mail: eak@cdu.de · www.evangelischer-arbeitskreis.de · Konto: EAK, Postbank Köln, (BLZ 37010050) 112100-500 oder Sparkasse Bonn (BLZ 38050000) 56267 · Druck: Union Betriebs-GmbH, Egermannstraße 2, 53359 Rheinbach · Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe kostenlos gestattet – Belegexemplar erbeten · Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder Herausgeber · Papier: 100% chlorfrei

Adressänderungen bitte immer an die Redaktion!

Union Betriebs-GmbH · Egermannstraße 2 · 53359 Rheinbach
PVSt · Deutsche Post AG · Entgelt bezahlt · A 05931



„siehe, ich stehe vor der Tür und klopfe an. Wenn jemand meine Stimme hören wird und die Tür aufturn, zu dem werde ich hineingehen und das Abendmahl mit ihm halten und er mit mir.“ Offb. 3, 20.

Jesus selbst hat diesen Satz dem Johannes auf Patmos zugesagt, dass er ihn der Gemeinde in Laodizea schreiben sollte. Dies hat er getan. Was aber war das für eine christliche Gemeinde in Laodizea? Was war los, dass sie mit einem solchen Satz bedacht wurde. Diese Gemeinde ist reich und satt. Sie ist sich selbst genug.

Das Gemeindeleben läuft, die Stimmung ist gut. Man trifft sich, feiert Feste, begeht Gottesdienste. Alles läuft seinen Gang – und eben auf diesem scheint so einiges auf der Strecke geblieben zu sein. Von wem oder was die Rede ist? Von Jesus selbst!

Er ist vor der Tür: Klopfend und sprechend. Er ist also nicht „drin“, nicht dabei. Derjenige, den alle als Gemeinde im Raum und Leben der Gemeinde wännen, ja um den sich alle scharen, lässt ausrichten, dass er vor der Tür steht. Ist denn das möglich, dass christliche Gemeinde den Betrieb am Laufen hält und Jesus vor der Tür steht?

Ja, das ist möglich, denn wir wissen, dass wir unseren persönlichen Glauben und auch das aktive Glaubensleben einer Gemeinde nicht in der Tasche haben. Der größte Feind unseres Glaubens und der entscheidende Widersacher unseres christlichen Gemeindelebens ist die Selbstzufriedenheit, ihn zu besitzen – und taub dafür zu werden, die Stimme Jesu im aktuellen Leben, im Hier und Jetzt, zu hören. In solchen Situationen sind die Türen, die man selbst offen wähnt, schnell verschlossen und die Stimme, die von Außen nach Innen durchdringen will, vermag es nicht.

Sicherlich, unsere eigenen Gemeinden sind nicht Laodizea, viel zu sehr würden wir von uns weisen, dass wir reich und satt sind, doch einige laodizeische Gemeindegänge gibt es wohl auch in unseren Gemeinden. Gegen sie sollten wir vorgehen, wenn wir sie entdecken. Kann man das? Kann man die eigene Selbstbezogenheit und Abgeschlossenheit erkennen. Ich meine „Ja“!

Wie geht das? Das Lauschen auf die Stimme, ja auf das Wort Gottes, kann und darf durch nichts ersetzt werden. Von ihr allein bekommen wir immer wieder neue Impulse für das, was unsere Gemeinden ausmachen, was ihnen neues Leben, frische Ideen und Kraft geben kann.

Es ist doch letztlich immer das Hören auf die Stimme Jesu, das uns in Bewegung setzt, das uns die Türe öffnen und zu ihm wie auch zu anderen kommen lässt. Der Weg zu ihm, führt letztlich wieder zu uns. Er ist es, der uns Gemeinschaft verspricht! Mit demjenigen, der ihm die Tür öffnet, wird er das Abendmahl halten und er wird es mit ihm halten.

Das erneute Finden unserer Gemeinschaft geht von seiner Stimme, von seinem Handeln aus. Er ist es, der uns das Brot bricht und den Kelch reicht. Er hält uns nicht nur mit diesen Gaben am Leben. Das wissen wir gerade zu Erntedank.

Es gilt, die Ohren zu spitzen, das Herz offen zu halten und bei Sinnen zu sein, um auf das Wort Jesu mit dem eigenen Gemeindeleben entsprechend reagieren zu können. Wir können immer nur darauf hoffen und vertrauen, dass es immer wieder Menschen unter uns in unseren Gemeinden gibt, die das Hören auf die Stimme Jesu vernehmen und uns auf ihn aufmerksam machen. *Felmberg*

Unsere Autoren:

Ministerpräsident
Prof. Dr. Wolfgang Böhmer
Staatskanzlei
Domplatz 4
39104 Magdeburg

Landesbischöfin
Dr. Margot Käßmann
Haarstr. 6
30169 Hannover

Präses Manfred Kock
Vorsitzender des Rates der EKD
Herrenhäuser Str. 12
30419 Hannover